

## Inhalt

- **Agenda 2022**
- **Editorial**
- **Politische Geschäfte**
- **Uferinitiative**
- **Jahresauftakt**
- **Entwicklungen am See**

## Agenda 2022

31. März 2022

**Generalversammlung**

Juni

**Sommerfest** (Ort und genaues Datum sind noch nicht festgelegt)

## Editorial

Liebe Mitglieder von FAiR

Wir sind knapp über der Halbzeit der Legislatur. Die letzten 2 Jahre waren im Kantonsrat geprägt von vielen Geschäften um einen durchgehenden Seeuferweg. Über verschiedene Anfragen, Motionen und parlamentarische Initiativen wurde die Diskussion um die Durchsetzung eines durchgehenden Seeuferwegs am Zürichsee befeuert. Unverkennbar sollte damit ein Klima geschaffen werden, in welchem eine weitere Uferinitiative auf fruchtbaren Boden fällt. Der Regierung wurde vorgeworfen, sie habe in den letzten 6 Jahren seit der Verabschiedung des Strassengesetzes nicht genügend unternommen, um mit Planung und Bau des Seeuferweges vorwärtszukommen. Ebenfalls in die Kritik geraten sind die Gemeinden, denen vorgehalten wird, sie würden die bisher geltende Kostenbeteiligung von 20 Prozent benutzen, um die Realisierung eines



Seeuferwegs zu verzögern. Nach dem Willen der Initianten soll dies nun unterbunden werden: Die kommunale Kostenbeteiligung soll gestrichen werden. Damit sollen die Gemeindeversammlungen künftig nicht mehr das letzte Wort haben.

Die Uferinitiative des Vereins «Zürisee für Alli», die Ende November eingereicht wurde, wird den Vorstand in den nächsten 2 Jahren intensiv beschäftigen. Wir halten Sie über unsere Überlegungen und Aktivitäten auf dem Laufenden.

Ich freue mich, Sie möglichst zahlreich an der Generalversammlung am 31. März zu treffen. Herzlich begrüsse ich die neuen Mitglieder in unserem Verein und die Sympathisanten, die sich auf unsere Werbeaktion im vergangenen November bei uns gemeldet haben.

Herzliche Grüsse

**Domenik Ledergerber, Präsident**

# Politische Geschäfte

## 1. Politische Agenda Nationalrat



Foto: VIS/DDPS Ueli Liechti

### 21.409 Parlamentarische Initiative von Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (Grüne)

Schweizer Seeufer. Ökologische Aufwertung und Erschliessung für Fussgängerinnen und Fussgänger: «Das ZGB und das Raumplanungsgesetz sind so anzupassen, dass alle Seen auf Schweizer Boden mit Fusswegen zu erschliessen sind. Diese sind in der Regel auf dem Land und möglichst nahe am Ufer zu führen. Bei der Erstellung geniessen der Heimat- und vor allem der Naturschutz höchste Priorität und die Ufer sind ökologisch aufzuwerten.»

Das Geschäft wird gegenwärtig in der Kommission Umwelt, Raumplanung, Energie des Nationalrates (UREK-N) beraten.

## 2. Politische Agenda im Kantonsrat



### Wassergesetz Kanton Zürich

Im Januar 2020 hat der Regierungsrat eine neue Vorlage an den Kantonsrat überwiesen. Einzelne Bestimmungen betreffen auch Regelungen des Zugangs zum Seeufer:

«§ 13. <sup>1</sup>Mit raumplanerischen Mitteln und bei der Gewässerraumfestlegung wird sichergestellt, dass die öffentlichen Interessen, insbesondere der Landschafts- und Ortsbildschutz, der Zugang zum Seeufer und die ökologischen Funktionen der Gewässer, gewahrt bleiben. Dabei wird auf das Privateigentum Rücksicht genommen.

<sup>1</sup> Die Projektierung des Seeuferwegs am Zürichsee richtet sich nach §§ 28b und 28c des Strassengesetzes vom 27. September 1981.»

### 61/2021 Motion von Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Felix Hoesch (SP, Zürich), Edith Häusler (Grüne, Kilchberg), Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich) und Judith Stofer (AL, Zürich) betreffend Thesaurierender Fonds für Uferwege vom 8. März 2021.

Ziel soll sein, dass die jährlich budgetierten Mittel (mindestens 6 Mio. Franken pro Jahr gemäss § 8b StrG) diesen Fonds äufnen und die laufenden Ausgaben zur Erstellung der Uferwege entlang der Zürcher Seen und Flüsse diesem Fonds entnommen werden. Die im Budget eingestellten Beträge, die nicht beansprucht werden, verbleiben im Fonds und bleiben mit der entsprechenden Zweckbindung für künftige Projekte erhalten.

196/2019 Parlamentarische Initiative von Jonas Erni (SP, Wädenswil), Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) und Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) betreffend «Keine Kostenbeteiligung für Gemeinden bei Uferwegen» vom 17. Juni 2019 wurde im No-

vember 2021 im Kantonsrat beraten. Während den Beratungen in der Kommission legte Dr. Peter Karlen im Auftrag der Volkswirtschaftsdirektion ein Gutachten vor, welches besagt, Uferprojekte seien gebundene Ausgaben. Die Gemeinden seien über das Mitwirkungsverfahren bei der Planung einbezogen. Sie müssen mitfinanzieren, da es sich um einen

Vorteilsausgleich des Attraktivitätsgewinn des öffentlichen Raumes, der nur der Gemeindebevölkerung zugutekommt, handelt.

Das Geschäft wurde an die vorberatende Kommission zurückgewiesen. Mit Annahme der PI 196/2019 durch den Kantonsrat muss bei den aktuellen Mehrheitsverhältnissen gerechnet werden.

## Uferinitiative

Die Uferinitiative ist Ende November mit 10'850 Unterschriften eingereicht worden. Sie wird unterstützt von PCS-CSP, EVP, SP und verschiedenen Vereinen.

Bisherige Initiativen betrafen Gesetzesänderungen. Nun soll die Verfassung geändert werden mit einer sehr konkreten Handlungsanweisung in Art. 146, die Gesetzes- und nicht Verfassungsrang hat. Man kann Art. 105, welcher sich auf alle Gewässer im Kanton (die übrigens durch die Bundesgesetzge-

bung sehr detaillierten Bestimmungen unterworfen sind) bezieht, als Feigenblatt für die Spezialregelung «durchgehender Seeuferweg am Zürichsee» ansehen. In den Medien wurde die Initiative auch als «Frustbewältigung» bezeichnet.

In einem nächsten Schritt muss der Regierungsrat entscheiden, ob er der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberstellt. Die Beratungen im Kantonsrat dürften 2023 beginnen. Mit der Volksabstimmung ist im Jahre 2024 zu rechnen.

## Jahresauftakt

Am 25. Januar trafen sich 25 Mitglieder in Thalwil. Im Zentrum stand die Vorstellung der aktuellen politischen Geschäfte.

Bekanntlich setzt sich FAiR dafür ein, dass der Zugang zum See auf öffentlichen Grundstücken aufgewertet wird. Am Beispiel von Rüschtikon zeigte

Romaine Marti, zuständige Gemeinderätin und seit letztem Jahr Mitglied des Vorstandes auf, wie vielfältig die Möglichkeiten sind, die Seeufer der öffentlichen Hand aufzuwerten. Vizepräsident Kurt Zollinger konnte krankheitshalber leider nicht am Anlass teilnehmen.



*Domenik Ledergerber präsentierte die Übersicht der aktuellen Themen, Romaine Marti zeigte die öffentlichen Seezugänge Rüschtikon, Hans-Peter Brunner erläuterte die Kostenbeteiligung der Gemeinden.*



## Entwicklungen am See



*Rüschlikon, Marbach*

In Uetikon am See soll auf dem ehemaligen Areal der Chemischen Fabrik Schulraum für rund 2000 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II entstehen. In der Medienmitteilung der Baudirektion steht:



«Das frühere Industrieareal wird nebst dem Schulareal im Osten in drei weitere Bereiche gegliedert, die alle fließend ineinander übergehen: Der Westen dient primär dem Wohnen. Die gemischt genutzte «Mitte» ermöglicht Flächen für öffentliche Nutzungen, Wohnen, Gewerbe und Dienstleistungen. In den bestehenden Gebäuden am Hafen sind Gewerbe- und Dienstleistungsnutzungen sowie öffentliche Nutzungen vorgesehen. Diese drei Bereiche sind im Eigentum der Gemeinde Uetikon am See. Zudem entsteht ein öffentlicher Seeuferpark, der sich über die gesamte Länge des Areals von rund 750 Metern erstreckt und eine Fläche von rund 19'000 m<sup>2</sup> aufweist. Der Seeuferpark war nicht Bestandteil des aktuellen Wettbewerbs.»



### Impressum

Herausgeber: FAiR points | Für eine Aufwertung des Zürichseeufers im Recht  
 Birchweg 13 | 8154 Oberglatt | T +41 (0)44 851 09 20  
 info@fair-zh.ch | www.fair-zh.ch